

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

	Erstellt am: 29.03.2018	
Gremium: Rat der Stadt	Sitzungsdatum: 22.03.2018	Sitzungsart: öffentlich

zu TOP 9.7

Erstellung einer Studie zur Geschäftsentwicklung der STEAG

Anfrage zur TO (Fraktion DIE LINKE & PIRATEN)

(Drucksache Nr.: 10491-18)

Dem Rat der Stadt lag folgender Zusatz-/Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke & Piraten vom 19.03.2018 (Drucksache Nr.: 10491-18-E1) vor:

„.... wir bitten, den nachstehenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die Beauftragung einer Studie zu den Möglichkeiten der Steuerung und Kontrolle der STEAG durch ihre kommunalen Eigner sowie zur Gewährleistung der Transparenz.

In der Studie sollen die Erfahrungen aus der Umsetzung der strategischen Zielrichtungen der verschiedenen Ratsbeschlüsse vom November/Dezember 2010 anlässlich des STEAG-Erwerbs durch ein Konsortium regionaler Stadtwerke ausgewertet werden. Eine Studie soll darstellen, inwieweit die damals unter anderem auch von der Dortmunder Ratsmehrheit beschlossenen Ziele zur Entwicklung der STEAG realisierbar sind. Gleichzeitig soll sie die Position der STEAG als regional bedeutsamer Energieerzeuger angesichts weitreichender Umstrukturierungen auf dem deutschen Energiemarkt neu bewerten.

Begründung:

Maßgeblich für die Entscheidung zum Erwerb der STEAG im Jahre 2010 war für große Teile der Kommunalpolitik, die Einflussmöglichkeit auf die Geschäftspolitik der STEAG als regionaler Energieversorger. Die Regierungspräsidentin in Düsseldorf hat diese Einflussmöglichkeiten seinerzeit sogar zur Vorbedingung zur Zustimmung des Erwerbs der STEAG gemacht. Ebenfalls wurde in mehreren Kommunen die Einrichtung eines interkommunalen Beirats gefordert. Ein weiterer wesentlicher Punkt in der damaligen Entscheidung in den Räten war die klare Erwartung an die STEAG zu einer Energiewende - hin zu erneuerbaren Energien und einem ökologischen Umbau.

Die aktuelle Debatte rund um die Refinanzierung der STEAG-Kredite und der in den regionalen Medien kolportieren Ausstiegsabsichten einzelner Konsorten des Stadtwerkekonsortiums macht es notwendig, externen Sachverstand zu Rate zu ziehen. Die jüngste Erklärung der kommunalen Eigentümer und der Oberbürgermeister wurde und wird in den beteiligten Räten nicht transparent dargestellt. Die Information erfolgt zu großen Teilen über Spekulationen der öffentlichen Medien.“

Rm Reppin (CDU) erklärte, dass der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) das richtige Gremium für die Beratung dieses Antrages wäre. Er beantragte, den Zusatz-/Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke & Piraten dorthin zu überweisen.

Rm Kowalewski (Die Linke & Piraten) erläuterte, aus den Medien wäre zu hören gewesen, dass es innerhalb des kommunalen Konsortiums Missstimmungen gegeben hätte. Offenbar gäbe es Transparenzprobleme im Umgang mit der STEAG gegenüber den kommunalen Gremien. Das Thema STEAG bezeichnete er als Thema der Stadt Dortmund, mit dem sich der Rat intensiv befassen sollte.

Rm Kowalewski sah den Antrag als im Rat der Stadt eingebracht an und war mit der Überweisung in den AFBL einverstanden. Er ging davon aus, dass an der Stelle die Einholung externen Sachverständigen notwendig werden würde.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Der Rat der Stadt überwies den Zusatz-/Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke & Piraten vom 19.03.2018 (Drucksache Nr.: 10491-18-E1) an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

	Erstellt am: 11.04.2018	
Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Rat der Stadt	22.03.2018	öffentlich

zu TOP 9.7

Erstellung einer Studie zur Geschäftsentwicklung der STEAG

Anfrage zur TO (Fraktion DIE LINKE & PIRATEN)

(Drucksache Nr.: 10491-18)

Dem Rat der Stadt lag folgender Zusatz-/Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke & Piraten vom 19.03.2018 (Drucksache Nr.: 10491-18-E1) vor:

„.... wir bitten, den nachstehenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die Beauftragung einer Studie zu den Möglichkeiten der Steuerung und Kontrolle der STEAG durch ihre kommunalen Eigner sowie zur Gewährleistung der Transparenz.

In der Studie sollen die Erfahrungen aus der Umsetzung der strategischen Zielrichtungen der verschiedenen Ratsbeschlüsse vom November/Dezember 2010 anlässlich des STEAG-Erwerbs durch ein Konsortium regionaler Stadtwerke ausgewertet werden. Eine Studie soll darstellen, inwieweit die damals unter anderem auch von der Dortmunder Ratsmehrheit beschlossenen Ziele zur Entwicklung der STEAG realisierbar sind. Gleichzeitig soll sie die Position der STEAG als regional bedeutsamer Energieerzeuger angesichts weitreichender Umstrukturierungen auf dem deutschen Energiemarkt neu bewerten.

Begründung:

Maßgeblich für die Entscheidung zum Erwerb der STEAG im Jahre 2010 war für große Teile der Kommunalpolitik, die Einflussmöglichkeit auf die Geschäftspolitik der STEAG als regionaler Energieversorger. Die Regierungspräsidentin in Düsseldorf hat diese Einflussmöglichkeiten seinerzeit sogar zur Vorbedingung zur Zustimmung des Erwerbs der STEAG gemacht. Ebenfalls wurde in mehreren Kommunen die Einrichtung eines interkommunalen Beirats gefordert. Ein weiterer wesentlicher Punkt in der damaligen Entscheidung in den Räten war die klare Erwartung an die STEAG zu einer Energiewende - hin zu erneuerbaren Energien und einem ökologischen Umbau.

Die aktuelle Debatte rund um die Refinanzierung der STEAG-Kredite und der in den regionalen Medien kolportierten Ausstiegsabsichten einzelner Konsorten des Stadtwerkeskonsortiums macht es notwendig, externen Sachverstand zu Rate zu ziehen. Die jüngste Erklärung der kommunalen Eigentümer und der Oberbürgermeister wurde und wird in den beteiligten Räten nicht transparent dargestellt. Die Information erfolgt zu großen Teilen über Spekulationen der öffentlichen Medien.“

Rm Reppin (CDU) erklärte, dass der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) das richtige Gremium für die Beratung dieses Antrages wäre. Er beantragte, den Zusatz-/Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke & Piraten dorthin zu überweisen.

Rm Kowalewski (Die Linke & Piraten) erläuterte, aus den Medien wäre zu hören gewesen, dass es innerhalb des kommunalen Konsortiums Missstimmungen gegeben hätte. Offenbar gäbe es Transparenzprobleme im Umgang mit der STEAG gegenüber den kommunalen Gremien. Das Thema STEAG bezeichnete er als Thema der Stadt Dortmund, mit dem sich der Rat intensiv befassen sollte.

Rm Kowalewski sah den Antrag als im Rat der Stadt eingebracht an und war mit der Überweisung in den AFBL einverstanden. Er ging davon aus, dass an der Stelle die Einholung externen Sachverständigen notwendig werden würde.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Der Rat der Stadt überwies den Zusatz-/Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke & Piraten vom 19.03.2018 (Drucksache Nr.: 10491-18-E1) an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften.